Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8442

15. 11. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Die Lage in der Golfregion – Friedliche Lösung des Golfkonflikts

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Krise am Golf spitzt sich immer weiter zu. Die Gefahr eines Krieges mit verheerenden Folgen für die Menschen wie für die Stabilität der Region wird täglich größer.

Der Deutsche Bundestag dankt allen, die sich um eine friedliche Lösung des Golfkonfliktes bemühen. Er unterstützt insbesondere die weiteren Bemühungen um die Freilassung von Geiseln deutscher und anderer Nationalität.

Der Deutsche Bundestag fordert:

1. Die im Irak gegen alle Regeln des Völkerrechts festgehaltenen Geiseln müssen unverzüglich freigelassen werden.

2. Die territoriale Integrität Kuwaits muß entsprechend der Forderung der Resolution des UN-Sicherheitsrates wiederhergestellt werden.

3. Zur Erreichung dieses Ziels muß der internationale, politische und ökonomische Druck so lange aufrechterhalten und verstärkt werden, bis der Irak seine Truppen aus Kuwait zurückzieht. Verstöße gegen das UNO-Embargo müssen in unserem Land auf der Grundlage des Außenwirtschaftsgesetzes energisch verfolgt werden.

4. Die Folgen eines weiteren Nahostkrieges wären unabsehbar. Deshalb appelliert der Deutsche Bundestag an die Beteiligten, den Konflikt nicht mit militärischen Mitteln, sondern allein auf friedlichem Wege zu lösen.

5. Die an den saudiarabischen Grenzen und im Golf stationierten Streitkräfte dürfen keinen anderen Auftrag haben, als das Embargo wirkungsvoll durchzusetzen und einen Angriff auf Saudi-Arabien zu verhindern.

6. Die Frage von Krieg und Frieden im Nahen Osten darf nicht zur Prestigefrage werden. Die politische Kontrolle über die Entwicklung muß bewahrt bleiben.

7. Die Bundesregierung wird aufgefordert, selbst oder im Rahmen der EG und der UNO Initiativen zu ergreifen, um – gegebenenfalls unter Einschaltung der Arabischen Liga und der Konferenz der Islamischen Staaten – die Freilassung der im Irak festgehaltenen Geiseln und den Rückzug des Iraks aus Kuwait zu erreichen.

8. Der Deutsche Bundestag unterstützt alle Bestrebungen, die auf eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten gerichtet sind. Eine internationale Konferenz könnte den Weg zu einer solchen Friedensordnung ebnen helfen.

9. Der Deutsche Bundestag verurteilt des Export von Waffen und Rüstungsgütern in Krisengebiete, insbesondere in die Golfregion. Er fordert die Bundesregierung auf, das insoweit bestehende Verbot umfassend und strikt durchzusetzen. Darüber hinaus muß jeder Rüstungsexport in andere als OECD-Staaten unverzüglich verboten werden.

10. Das Grundgesetz verbietet den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes.

Bonn, den 15. November 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333